



STANDPUNKT

Lärm entsteht im Kopf

focus 3/14

Mai



Sieglinde Geisel

NZZ-Kulturkorrespondentin in Berlin und Autorin des Buches «Nur im Weltall ist es wirklich still. Vom Lärm und der Sehnsucht nach Stille»

«Lesen macht keinen Lärm», so lautete vor Jahren der Werbeslogan einer grossen Schweizer Tageszeitung. Ein hinter sinniger Satz, denn fast alles andere, was Menschen tun, macht Lärm, und je mehr Menschen an einem Ort zusammenkommen, desto grösser wird der Lärm. Grossstädte sind Lärmzentren, vor allem heute, so sagen wir gern, als hätten frühere Generationen weniger unter dem Lärm zu leiden gehabt. Doch da könnten wir uns täuschen, denn laut dürfte es auch in den vermeintlich beschaulichen Städtchen des Mittelalters gewesen sein. In den engen Gassen wurden Fässer über das Kopfsteinpflaster gerollt, Wagen fuhren mit eisenbeschlagenen Rädern, Schweine quiekten – ein Schall, der von den steinernen Hauswänden reflektiert wurde. Moderne Technik bedeutet weniger Lärm: Wer vergessen hat, wie laut unsere Trams und Busse früher waren, kann sich ihre Lärmemissionen bei einer Reise in ärmere Länder anhören, wo unser ausrangiertes Rollmaterial weiterhin im Einsatz ist.

Doch was ist Lärm eigentlich? Egal ob wir Autofahren, Musik hören oder uns lauthals mit dem Nachbarn streiten, und egal wie laut wir dabei sind: Nur für sich genommen ist das alles noch kein Lärm, sondern nur Geräusch. Der Lärm entsteht

erst im Kopf desjenigen, der das Geräusch hört – und es bewertet. Lärmkarten vermitteln den Eindruck, beim Lärm gehe es nur um Dezibel, doch dies ist nur die halbe Wahrheit. Denn Lärm ist keine Frage der Lautstärke allein: Auch unterhalb der amtlichen Grenzwerte und bei Einhaltung der Ruhezeiten gibt es Geräusche, die einen zum Wahnsinn treiben, weil sie uns stören. Die Verwandlung von Geräusch in Lärm ist ein komplexer sozialer Vorgang, der weitgehend unbewusst abläuft. Ist das Geräusch unvermeidlich (die S-Bahn kann nun einmal nicht geräuschlos fahren) oder mutwillig (der Nachbar könnte seine Musik sehr wohl auf Zimmerlautstärke herunterdrehen)? Ist mir das leise Klopfen der Heizung vertraut, oder alarmiert es mich, weil ich seine Ursache nicht kenne? Oft ist Lärm ein Beziehungsdelikt: Wenn ich den Nachbarn sowieso nicht ausstehen kann, ertrage ich auch seine Geräusche nicht. Lärm spiegelt die soziale Ordnung: Wer Macht hat, darf lärmern, und umgekehrt – wir können das Glockengeläut der Kirche erst als Lärm empfinden, seit die Kirche keine Macht mehr hat.

Doch dass Lärm im Kopf entsteht, ist eine gute Nachricht. Weil wir Teil des Problems sind, können wir auch Teil der Lösung sein. Dies ist vor allem in Situationen wichtig, in denen Grenzwerte nicht helfen. Wie sagte doch John Cage: «Wenn ein Lärm Sie stört, hören Sie ihm zu.»

Sieglinde Geisel

Liebe Leserin, lieber Leser

Die zunehmende Durchmischung von Wohn-, Arbeits- und Ausgehzeiten, verbunden mit den Folgen der 24-Stunden-Gesellschaft sowie den veränderten Mobilitäts- und Ausgehgewohnheiten stellt Städte und urbane Gemeinden gerade im Hinblick auf Lärmfragen vor neue Herausforderungen. Denn Lärm will niemand. Doch was ist Lärm eigentlich genau und wie viel davon muss in Kauf genommen werden, wenn man in der Stadt leben und sich aufhalten will?

Gewisse Lärmfragen sind bereits gesetzlich geregelt, andere jedoch nicht. Mit dieser Ausgabe des «focus» wollen wir das Thema vertiefen und aufzeigen, was die Lärmdiskussion für die Städte bedeutet, was es bereits für Instrumente/Regeln gibt und welche Fragen es noch zu klären gilt.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

| | |
|------------------------------|---|
| Standpunkt | 1 |
| Interview | 2 |
| Thema | 3 |
| Session und Vernehmlassungen | 4 |
| Städteverband im Fokus | 5 |
| Agenda | 6 |

INTERVIEW

«Konflikte gehören zum Leben. Die Frage ist, wie man damit umgeht.»


Dr. Guy Morin
Regierungspräsident von Basel-Stadt

Der studierte Allgemeinmediziner Guy Morin (1956) betrieb von 1993 bis 2004 eine eigene Hausarztpraxis und war parallel dazu Präsident der HMO-Hausärztereinigung. Seine politische Karriere begann im Jahr 1988, als er für die Grüne Partei in den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt einzog. 2004 wurde er in den Regierungsrat gewählt, wo er bis zu seiner Wahl zum Regierungspräsidenten im Jahr 2008 dem Justizdepartement vorstand. Guy Morin ist mit Christa Züger Morin verheiratet und Vater von zwei Kindern.

Der öffentliche Raum wandelt sich immer mehr vom Transit- zum Verweilraum: Wie äussert sich diese Entwicklung in Basel?

Basel ist urbaner Mittelpunkt einer Metropolitanregion. Die öffentlichen Räume werden nicht nur von der hiesigen Wohnbevölkerung und den Touristen genutzt, sondern auch von Bewohnerinnen und Bewohnern der Agglomeration. Die Altstadt, die Parkanlagen und insbesondere das Rheinufer erlebten in den letzten Jahren einen Boom. Die verkehrliche Nutzung bleibt zwar wichtig, doch die öffentlichen Räume werden heute enorm vielfältig und unterschiedlich genutzt. Das Leben der Menschen verlagert sich mehr und mehr von drinnen nach draussen, also in die öffentlichen Räume.

Basel-Stadt reagiert auf diese Entwicklung und auf die damit einhergehenden Nutzungskonflikte. Als Beispiel kann ich die Entwicklung des Rheinufers nennen: Dieses wurde vergrössert, attraktiv ausgebaut (heute vier Buvetten in der warmen Jahreszeit) sowie Massnahmen im Bereich der Sicherheit und Sauberkeit ergriffen (z.B. Community Policing, Litteringkonzept). Die Regierung hat ausserdem per 1. Januar 2014 ein neues Gesetz über die Nutzung des öffentlichen Raumes erlassen, welches das Allmendgesetz von 1927 abgelöst hat. Dieses Gesetz berücksichtigt die neue Nutzung des öffentlichen Raumes.

Wie kann eine vielfältige Nutzung des öffentlichen Raums erreicht werden, ohne in Konflikt mit den angrenzenden privaten Räumen zu geraten?

Öffentliche Räume sind Bindeglieder zwischen privaten Räumen, sie stossen direkt an

diese an. Ein Rauchverbot in einer Kneipe z.B. lässt die Menschen im öffentlichen Raum, auf der Strasse, rauchen – die Anwohnenden hören Lärm und riechen Rauch. Konflikte lassen sich nicht ausschliessen, zu unterschiedlich sind die Bedürfnisse, zu verschieden auch die jeweiligen Interessen – Konflikte gehören zum Leben! Die Frage ist, wie man damit umgeht. Die Anwohner des Rheinufers reagierten beispielsweise auf die stärkere Nutzung und auf den vorher erwähnten Ausbau des Rheinufers zunächst mit Sorge und Reklamationen. Deshalb suchte die Verwaltung den direkten Dialog und rief die Arbeitsgruppe Ripa Forte ins Leben. Diese Massnahmen griffen. Die Stimmung insbesondere an warmen Tagen und Nächten am Rhein wird von den Anwohnern grösstenteils als sehr angenehm und bereichernd empfunden. Wichtig für das Zusammenleben auf engstem Raum ist immer: Die Selbstverantwortung, der gegenseitige Respekt und die Toleranz. Sie spielen im öffentlichen Raum eine entscheidende Rolle.

Gerade die Lärmemissionen (laute Gäste, Parkplatzsuchverkehr usw.) stellen Städte vor neue Herausforderungen.

Genau, beispielsweise entstehen Zielkonflikte zwischen dem Wunsch nach Veranstaltungen im öffentlichen Raum und dem Ruhebedürfnis der Anwohnenden. Mit der departementsübergreifenden Kommission für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund (KVöG) und mit der Einführung von Bespielungsplänen und Belegungsregeln bestehen seit einigen Jahren Instrumente, die es erlauben, den Zielkonflikt zwischen «Event-Stadt» und «Wohn-Stadt» zu entschärfen. Diese Instrumente werden auch laufend

weiterentwickelt. Generell gilt, die jeweiligen Bedürfnisse und Interessen transparent auszugleichen. Ganz wichtig ist aber auch hier: Ohne den Austausch zwischen Veranstaltern und Anwohnenden geht nichts. Das kann zudem ganz neue Sichtweisen auf das Thema eröffnen: Weg vom «störenden Lärm» hin zum «notwendigen Geräusch». Sehr empfehlenswert ist die derzeitige Veranstaltungsreihe «Stadt hören». Sie sensibilisiert u.a. mit Klangspaziergängen auf positive Weise für das Thema Lärm.

Würden Sie sich beim Lärmschutz mehr Unterstützung vom Bund wünschen?

Basel-Stadt verfügt über geeignete Mittel, um die Lärmbeeinträchtigungen durch die Belegung der städtischen Aussenräume auf ein zumutbares Mass abzusenken. Dafür benötigen wir nicht die Unterstützung des Bundes.

Wo sehen Sie Basel in 20 Jahren?

Ich sehe Basel nach wie vor als eine pionierhafte Stadt, was Umweltschutz und Energiehaushalt angeht. Dafür setzen wir uns ein. Im Weiteren werden die Quartiere, die heute entstehen (Dreispietz, Erlenmatte, Hafen) belebt und begrünt sein. Die Durchmischung von sozialen Schichten, Nationalitäten, Wohn- und Arbeitsformen, Familienhaushalten und Singlewohnungen wird zunehmen. Ganz allgemein wird sich die Tendenz zur Individualisierung und Selbstbestimmung noch steigern. Dies gibt dieser Stadt wieder eine ganz neue Dynamik, bedeutet aber auch immer wieder Nutzungskonflikte. Die grosse Herausforderung wird sein, optimal miteinander zu kommunizieren. Da bleiben wir dran.

THEMA

Die Lärmbelastung nimmt stetig zu – was nun?

Der zunehmende Strassenverkehr, das veränderte Ausgehverhalten und die 24-Stunden-Gesellschaft lässt die Städte nicht mehr ruhen. Rund um die Uhr wird die Bevölkerung durch Lärm gestört. Die Lärmbelastung steigt stetig. Die Ruhe zu schützen ist eine hohe Herausforderung, die nur gemeinsam gelöst werden kann. Potenziale sind vorhanden.



Markus Chastonay

Vorsitzender von «Cercle Bruit Schweiz», der Vereinigung der kantonalen Lärmschutzfachleute.

In der Schweiz ist Lärm die am häufigsten wahrgenommene Umweltbelastung. Täglich fühlen sich laut Bundesamt für Umwelt (BAFU) rund zwei Drittel der Bevölkerung durch Lärm gestört. Und der Lärm nimmt ständig zu, selbst an früheren Orten der Stille. Doch Lärm ist nicht nur lästig, er beeinträchtigt auch unsere Gesundheit.

Immer «ganz Ohr»

Für die Wahrnehmung von Geräuschen haben wir ein empfindliches Sinnesorgan – das Ohr. Es registriert jedes Geräusch und prüft, ob es wichtig ist oder nicht. Es alarmiert vor Gefahren und hört nie weg – auch nicht, wenn wir schlafen.

Doch nicht das Geräusch, sondern die Reaktion darauf entscheidet, ob ein Geräusch als Lärm wahrgenommen wird. Wenn Geräusche ablenken, stören, ängstigen, beunruhigen, aufregen oder nervös machen, ist es Lärm. Die Lärmempfindung ist jedoch individuell: Was den einen nervt, braucht der andere, um sich wohl zu fühlen. Geräusche aus der Natur – auch wenn sie laut sind – werden in der Regel nicht als Lärm empfunden.

Lärm begegnet uns überall

Die Verlärmung der Umwelt hat in den letzten Jahren stetig zugenommen – trotz verschiedenen Bemühungen und des technischen Fortschritts bei der Lärminderung. Auf dem Weg zum Büro schlägt uns der Strassenlärm entgegen. Bei der Arbeit brummen Maschinen oder lärmen Mitmenschen. Am Feierabend rauscht das Flugzeug über die Stadt hinweg. Nachts und am Wochenende musiziert der Wohnungsnachbar oder ein Rasenmäher surrt.

Die verschiedenen Lärmarten unterscheiden sich durch die Art der Lärmquelle.

Ruhestörer Nummer eins: Strassenlärm

Das zentrale Lärmproblem in der Schweiz geht vom stetig wachsenden Strassenverkehr aus. In der Schweiz wird durchschnittlich jede fünfte Person durch Strassenlärm beeinträchtigt. Nachts ist jede sechste Person durch den Verkehr Lärmimmissionen über dem Grenzwert ausgesetzt. Am grössten ist die Lärmbelastung in Städten und Agglomerationen.

Wege zu weniger Lärm im urbanen Raum

Die wirkungsvollste Art, Lärmprobleme zu lösen, setzt bei der Lärmquelle an. Potenziale hierfür liegen im Strassenverkehr beispielsweise beim Strassenbelag, den Reifen oder bei verkehrsplanerischen Massnahmen. Lärmarme Strassenbeläge werden momentan vielerorts erfolgreich getestet. Sie bewirken eine Schallpegelreduktion von 3-6 Dezibel gegenüber herkömmlichen Belägen. Dies wird vom menschlichen Ohr wie eine Halbierung der Verkehrsmenge wahrgenommen.

«Täglich fühlen sich rund zwei Drittel der Schweizer Bevölkerung durch Lärm gestört.»

Bei Belagssanierungen sollten daher lärmarme, dem Stand der Technik entsprechende Beläge eingebaut werden. Auch mit Tempo-30-Zonen und lärmarmen Reifen lässt sich der Lärmpegel wirkungsvoll senken. Hingegen sind Lärmschutzwände nur in den seltensten Fällen eine sinnvolle Lösung. Sie schützen nur punktuell. Würden alle möglichen Massnahmen an der Quelle konsequent umgesetzt, könnten rund 70 % der vom Strassenlärm betroffenen Personen vor übermässigem Lärm geschützt werden.

In den Innenstädten stört vor allem der Alltagslärm. Durch die 24-Stunden-Gesell-

schaft und das veränderte Ausgehverhalten ist in den Städten immer etwas los. Die Ruhe fehlt – Tag und Nacht. Trotzdem wollen viele Städteplaner unterschiedliche Nutzungen in sogenannten Mischzonen vereinen: Eventlokale und gehobenes Wohnen in der gleichen Strasse. Lärmprobleme eskalieren.

«Die wirkungsvollste Art, Lärmprobleme zu lösen, setzt bei der Quelle an.»

Verschiedene Lösungsansätze sind schon ausprobiert worden, jedoch ohne langfristigen Erfolg. Politik und Planung sind gefordert, klare Vorgaben zu machen. Einen solchen Ansatz hat die Stadt Basel gewählt. Sie gibt mit dem Boulevardplan die zulässigen Öffnungszeiten von Boulevard-, Terrassen- und Gartenwirtschaften in der Innenstadt vor. Dem Sekundärlärm von Gastrobetrieben begegnet sie mit dem Beurteilungsinstrument GABSI. Dieses berücksichtigt die verschiedenen Nutzungen und gibt maximale Störgrade für die unterschiedlichen Gebiete vor.

Bewusste Planung für eine leisere Zukunft

Die überbaubare Fläche für Wohnraum wird in der Schweiz immer kleiner. Verdichtetes Bauen und neue Wohnbauten entlang lärmiger Verkehrsträger drängen sich auf. Dadurch erschwert sich auch in Zukunft der Schutz der Ruhe. Nur wenn Planer, Architekten, Akustiker und die Lärmfachstellen der Städte und Kantone gemeinsam gute Lösungen erarbeiten und eine akustische Raumplanung an den Anfang eines Bauvorhabens stellen, kann ein ruhiges Wohnen mit hoher Wohnqualität ermöglicht werden. Gute Lösungen gibt es. Ein weiterer neuer Lösungsansatz könnte auch die Klangraumgestaltung als Planungsziel des öffentlichen Raumes bieten. Den an Orten mit einer guten Klangqualität fühlen wir uns wohl.

Immer ein offenes Ohr

Für Fragen zum Schutz vor Lärm bietet das Internet unter www.laerm.ch eine vielfältige Zusammenstellung von wichtigen Informationen – auch zum internationalen «Tag gegen Lärm». Dieser widmet sich jährlich einem aktuellen Lärmthema und koordiniert Aktionen zwischen Städten, Kantonen und Bund.

POLITIK

Vorschau auf die Sommersession

In der Sommersession fallen im Nationalrat wichtige Entscheide in der Ausländer- und Verkehrspolitik. Der Ständerat berät neben dem Zweitwohnungsgesetz relevante umwelt-, verkehrs- und staatspolitische Geschäfte.

Längere Testphase im Asylwesen

Der Nationalrat entscheidet, ob die 2012 auf zwei Jahre befristet beschlossenen dringlichen Änderungen am Asylgesetz verlängert werden sollen. Die Bestimmungen erlauben dem Bundesrat u.a. Bundeszentren für Asylsuchende zu testen. Die dringlichen Änderungen sollen letztlich in die laufende Neustrukturierung des Asylbereichs einfließen.

Nein zu Ecopop

Nachdem der Ständerat die Ecopop-Initiative in der Frühjahrssession deutlich zur Ablehnung empfohlen hat, ist nun der Nationalrat an der Reihe. Die staatspolitische Kommission beantragt ihrem Rat, die Initiative ebenfalls abzulehnen. Der Städteverband begrüsst den Antrag, da die Initiative nicht zielführend ist und bedeutende Umsetzungsschwierigkeiten mit sich bringen würde.

1.7 Mia für Agglomerationsprogramme

Im zeitlich befristeten Infrastrukturfonds stellt der Bund u.a. Gelder bereit, um Engpässe im Nationalstrassennetz zu beseitigen und er beteiligt sich an den Kosten des Agglomerationsverkehrs. Der Nationalrat berät nun, wie hoch die nächsten Finanzierungstranchen dotiert sein sollen. Für eine zweite Generation von Agglomerationsprogrammen sind 1.7 Milliarden Franken, für zusätzliche Engpassbeseitigungen eine Milliarde Franken vorgesehen.

Fantransporte besser regeln

Im Frühling hat es der Nationalrat abgelehnt, Transportunternehmen und Behörden eine bessere Handhabe für die Beförderung zu Sportveranstaltungen zu geben. Die Verkehrskommission des Ständerats will demgegenüber die Sicherheit bei Fantransporten verbessern. Nun steht die Beratung im Plenum an.

Braucht es einen nationalen Netzbetreiber?

Im Ständerat kommt einerseits die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» aufs Tapet, andererseits stehen energiepolitische Vorstösse auf der Traktandenliste. Zur Debatte

steht etwa eine Motion von Nationalrat Ruedi Noser (FDP/ZH), welcher einen freien Energiemarkt anstrebt und ein nationales Energienetz will, das von einem einzigen Netzbetreiber aufgebaut und betrieben wird. Der Nationalrat hat die Motion angenommen. Der Bundesrat, die Energiekommission des Ständerats und der Städteverband lehnen den Vorstoss ab.

Mehr Zeit für Sanierungen

Der Bund soll die Kantone fünf Jahre länger als bisher vorgesehen dabei unterstützen, belastete Standorte zu sanieren. Der Städteverband befürwortet mit dem Bundesrat die von der Umweltkommission des Ständerates ausgearbeitete Bestimmung, welche nun vor den Gesamtrat kommt.

Vorteile für Betriebe mit Lernenden

Bei öffentlichen Beschaffungen sollen Anbieter bevorzugt werden dürfen, welche Lernende ausbilden. Der Ständerat debattiert, ob er die Bevorzugung auf bestimmte Beschaffungsverfahren beschränkt oder auf sämtliche öffentliche Beschaffungen anwendet, wie es der Nationalrat tun will.

Vernehmlassungen

Mehr Geld für Mietzinse bei den Ergänzungsleistungen (EL)

Der Schweizerische Städteverband (SSV) unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung der Mietzinsmaxima für EL-Beziehende. Bei der Festlegung der Höchstmieten sollen regionale Unterschiede berücksichtigt werden. Damit erfolgt eine Anpassung an die Preisentwicklung. Die Mietzinsmaxima wurden letztmals im Jahr 2001 erhöht. Eine Mehrheit der Städte sieht derzeit aber keine Veranlassung, im Rahmen der Mietzinsmaxima auch die EL-Leistungen für Familien zu erhöhen. Der SSV weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass es Vermieter gibt, die bei der Festsetzung der Mietzinse für EL-Beziehende gerne das ganze vorgesehene Mietzinsmaximum ausschöpfen. Dies kann zu übersetzten Mietzinsen führen. Deswegen schlägt der SSV vor, dass die Möglichkeit geprüft wird, den EL-Stellen die Kompetenz einzuräu-

men, bei offensichtlich übersetzten Mieten korrigierend einzugreifen. Grundsätzlich bedauert der SSV, dass die Frage der Mietzinsmaxima isoliert angegangen wird, denn es besteht auch in anderen Bereichen der EL Reformbedarf.

Warum nur eine Domain «.swiss»?

Bei der Anhörung zu mehreren Verordnungen zum Fernmeldegesetz (FMG) stimmt der Städteverband der neuen Verordnung über Internet-Domains grundsätzlich zu, ortet aber verschiedene konzeptionelle Mängel. So stellte der SSV die Frage, weshalb die neuen Regeln nur für den Domain «.swiss», nicht aber für die Domain-Bezeichnungen «.schweiz», «.suisse», «.svizzera» und «.svizra» gelten soll. Weiter soll nach Ansicht des Städteverbandes im Zweckartikel auch das Ziel eines preiswerten Domainnamenangebots verankert werden. Und vor diesem Hintergrund schlägt der Städteverband vor, beim Verhältnis zwischen

den Registrar- und Registry-Funktionen eine Lösung mit Augenmass zu wählen.

Ja zur KEV-Erhöpfung auf 1,1 Rp./kWh

Im Rahmen der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 12.400 sollen kleinere Photovoltaik-Anlagen durch eine Einmalvergütung unterstützt werden. Die dafür notwendige Änderung des Energiegesetzes auf den 1. Mai 2014 macht eine Erhöhung des KEV-Zuschlags von heute 0,6 auf 1,1 Rp./kWh notwendig. Nachdem der Städteverband die parlamentarische Initiative unterstützt hatte, stimmt er nun auch der KEV-Erhöpfung zu. In seiner Stellungnahme wies der Städteverband aber auch darauf hin, dass damit der mittel- bis langfristige Wechsel auf ein Lenkungssystem nicht erschwert werden sollte.

www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Raumplanung: Städteverband erwirkt geeigneten Vernehmlassungsstart



Zweitwohnungsinitiative, Revisi- on Raumplanungsgesetz, Kultur- landinitiativen in verschiedenen Kantonen: Die Schweizer Raum- planung ist in Bewegung. Die Behörden aller staatlichen Ebenen sind mit der Umsetzung der verschiedenen Initiativen und Gesetzes- revisionen personell stark gefordert. In die- sem Umfeld hätte das UVEK auf 1. Juni 2014 die Vernehmlassung zur zweiten Etappe der RPG-Revision eröffnen wollen. Der Schwei- zerische Städteverband, der Schweizerische Gemeindeverband und die Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz der Kantone erreichten mit einem gemeinsamen Schrei- ben an Bundesrätin Doris Leuthard, dass der Start der Vernehmlassung auf das 4. Quartal 2014 verschoben wurde. Damit kann der an- spruchsvollen Materie mehr Vorbereitungszeit eingeräumt werden und Städte, Gemeinden und Kantone erhalten genügend Zeit, um an- gemessen Stellung zu nehmen. Der Schwei- zerische Städteverband ist in der zuständigen Arbeitsgruppe des Bundes vertreten.

Städtische Zahlen in neuem Gewand



Die neue Ausgabe des statisti- schen Jahrbuches des Schwei- zerischen Städteverbandes, der «Statistik der Schweizer Städte», erscheint dieses Jahr in einem schlankeren Gewand und ist stärker redaktionell ausge- richtet. Sie umfasst aber weiterhin eine Fülle von Daten und Zahlen zu allen relevanten Themen der Stadt- und Agglomerationsent- wicklung. Zudem wird die aktuelle Ausga- be des statistischen Jahrbuchs durch einen Schwerpunktartikel zum Thema Bau und Wohnungswesen eingeführt, in welchem die aktuellen Herausforderungen auf dem städ- tischen Wohnungsmarkt diskutiert werden, und beinhaltet neu auch Daten zur Belegungs- und Wohndichte. Auch das neukon- zeptionierte Jahrbuch entstand in bewährter Zusammenarbeit zwischen dem Schweizerischen Städteverband und Statistik Stadt Zürich und kann in gedruckter Form bestellt oder auf der Website elektronisch herunter- geladen werden.

www.staedteverband.ch

Reminder: Tagung zum Umbau der städti- schen Energieversorgung



Mit der Energiestrategie 2050 erfährt die Schweizer Energie- versorgung einen grundlegenden Umbau, bei dem namentlich die dicht besiedelten Gebiete eine Schlüsselrolle spielen. Städtische Energieversorger haben verschiedene Energieträger – Strom, Wärme, Gas – im Angebot, welche es künftig besser aufeinander abzustimmen gilt. Dazu findet am 26. Juni in Solothurn die Tagung «Umbau der Energieversorgung – die Städte weisen den Weg» statt.

www.staedteverband.ch

KSSD übernimmt politische Vertretung für Rettungsdienste und Zivilschutz



An der Generalversammlung der Konferenz der Städtischen Sicher- heitsdirektoren (KSSD) vom 15. Mai 2014 in Solothurn stimmten die Mitglieder einer Statutenänderung, welche die Erweiterung der Zweckbestimmung auf die Bereiche Feuerwehr, Rettungsdienste und Bevölkerungsschutz vorsieht, einstimmig zu. Zudem wurde Richard Wolff, Polizeivorsteher der Stadt Zürich, neu in den Vorstand gewählt.

www.kssd.ch

Wann sind Parkplätze MWST-pflichtig?



Gemäss Art. 21 des MWST-Geset- zes fällt für das Nutzen von öffent- lichen Plätzen und Strassen zum Parkieren keine MWST an, wenn diese als Grundstücke im Gemeingebrauch taxiert werden. Die Unterscheidung zwischen im Gemeingebrauch und nicht im Gemein- gebrauch ist nicht immer einfach. Dass die Eidgenössische Steuerverwaltung die Defini- tionen in diesem Bereich präziser fassen will, ist deshalb aus Sicht des Städteverbandes sinnvoll. Somit ist klar, dass Parkplätze am Strassenrand und solche auf Plätzen ohne Zu- gangssperre von der MWST befreit sind. Eine klare Abgrenzung – auch für Parkplätze, die nicht im Gemeingebrauch stehen – trägt dazu bei, dass Städte und Gemeinden das bewähr- te System der MWST-befreiten Parkplätze im Gemeingebrauch weiterführen können.

Kurzmeldungen

Mitgliederversammlung des Träger- vereins Energiestadt in Lausanne

Das Olympische Museum war Aus- tragungsort der diesjährigen Mitglieder- versammlung und der anschliessenden Fachveranstaltung mit dem Titel «Ene- giestadt als Wegweiser für kommunale Energiepolitik in Europa». Im Fokus stan- den die Zusammenarbeit mit dem Kon- vent der Bürgermeister und ISO 50001. Höhepunkt des statutarischen Teils war die dritte Vergabe des Energiestadt-Gold- Labels an die Gastgeberstadt Lausanne.

www.energiestadt.ch

Goldene Energiestadt Buchs SG

Am 10. Mai 2014 durfte die Gemein- de Buchs eine besondere Auszeichnung für ihre verantwortungsvolle Energie- politik entgegennehmen: Das Zertifikat Energiestadt Gold, höchste Auszeichnung für Energiestädte in Europa. Bisher haben dies nur 26 Energiestädte erreicht, unter anderem die Stadt Lausanne (siehe Bei- trag oben). Der Städteverband gratuliert seinen beiden Mitgliedstädten herzlich!

www.energiestadt.ch

«Watt d'Or» 2015 – jetzt bewerben

Auch dieses Jahr sucht das Bundes- amt für Energie wieder überraschende, innovative und zukunftsweisende Ene- gie-Initiativen, Technologien, Produkte, Anlagen, Dienstleistungen, Strategien, Gebäude oder Raumkonzepte für den renommierten Energiepreis «Watt d'Or». Bewerbungen können bis am 31. Juli 2014 eingereicht werden.

www.wattdor.ch

Online-Portal für mehr Energieeffizienz

Mit dem neuen Online-Portal rund um Energieeffizienz smart-steps.ch, wel- ches im Rahmen von Energieforschung Stadt Zürich entwickelt wurde, soll die Stadt Zürich effizienter gemacht werden. So wird den Teilnehmenden beispiels- weise in Challenges spielerisch vermit- telt, wie sie ihren Energieverbrauch aktiv senken können und somit zum Schutz der Umwelt beitragen können. Ein städ- tisches Beispiel für angewandte Energie- effizienz, das durchaus auch für andere Schweizer Städte interessant sein kann.

www.smart-steps.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

26. Juni 2014 **Tagung «Umbau der Energieversorgung – die Städte weisen den Weg»** in Solothurn
Information: Martin Tschirren, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

28./29. August 2014 **Städtetag 2014** in der «Glattalstadt»
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

12. Juni 2014 **Workshop «Projektfinanzierung aus CO₂-Kompensation: Chancen, Risiken und Limiten»** in Solothurn
Information: Daniel Lehmann Pollheimer, Telefon 031 356 32 42, daniel.lehmann@kommunale-infrastruktur.ch

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

13. Juni 2014 **Fachanlass «Herausforderung hindernisfreier Verkehrsraum» der Städtekonferenz Mobilität** in Bern
Information: Roman Widmer, Telefon 031 356 32 32, roman.widmer@skm-cvm.ch

4. September 2014 **12. Kongress zur urbanen Sicherheit der KSSD und der SVSP** in Zürich
Information: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

11. September 2014 **Mitgliederversammlung der Städteinitiative Bildung** in Zürich
Information: Telefon 044 413 86 53, info@staedteinitiative-bildung.ch

30./31. Oktober 2014 **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Baden
Information: Barbara Brechbühl, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch

31. Oktober 2014 **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik** in Freiburg
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

19. Juni 2014 **Fachseminar autoarm/autofrei planen und wohnen** in Zürich (Patronat SSV)
Information: Samuel Bernhard, Telefon 044 430 19 31, info@clubderautofreien.ch

1. Juli 2014 **VLP-Tagung «Freiraumentwicklung in Agglomerationen»** in Winterthur
Information: Edith Egger, Telefon 031 380 76 76, www.vlp-aspan.ch

20. Juni 2014 **4. Ostschweizer Gemeindetagung** in St. Gallen
Information: Telefon 071 226 16 17, tagungssekretariat@fhsg.ch, www.fhsg.ch/gemeindetagung

26. August 2014 **Forum Nachhaltige Entwicklung «Soziale Kohäsion und nachhaltige Entwicklung»** in Bern (Patronat SSV)
Information: Telefon 058 462 40 60, www.are.admin.ch

26. August 2014 **SuisseID Provider Forum** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.suisseid.ch

4. September 2014 **VLP-Tagung «Raumplanung in Stadt und Land: Am gleichen Strang ziehen!»** in Solothurn (Patronat SSV)
Information: Edith Egger, Telefon 031 380 76 76, www.vlp-aspan.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Monbijoustrasse 8, Postfach 8175, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Barbara Brechbühl-Jenni, Ariane Gigon (Übersetzungen), Christina Grab, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer
Bildnachweis: Rolf Siegenthaler
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch